

Depesche

Haushalt
bereits
überholt

FDP-Fraktion
ist
digital

Fatale
Entscheidung
für Blasbach

Notparlament winkt umstrittene Projekte durch

Die aktuelle Pandemie ist eine Herausforderung für uns alle. Gerade in den ersten Wochen ging es darum, den befürchteten exponentiellen Anstieg der Anzahl der Infizierten zu vermeiden. Dass dies schwer mit einem normalen Parlamentsbetrieb vereinbart werden kann, ist einsichtig. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir im März alle Sitzungen ausgesetzt, so wie es der Kreistag getan hat. Ob es ein gutes Zeichen war, in dieser Phase mit der kompletten Stadtverordnetenversammlung zusammen zu kommen, um den Haushalt zu beschließen, ist fraglich. Für die Beauftragung des Finanzausschusses als Notparlament wäre die Sitzung jedenfalls nicht nötig gewesen. Denn dies wurde wenige Tage später vom Landtag beschlossen. Die Intention dabei war, ein kleines Gremium zu schaffen, das wichtige, unaufschiebbare Beschlüsse in einer Zeit fasst, in der die Stadtverordnetenversammlung nicht tagen kann.

Was aber wurde vom hauptamtlichen Magistrat und den ihn tragenden Parteien SPD, Grüne und FW aus dem Notparlament gemacht? Nicht nur, dass Verwaltungsvorlagen so kurzfristig versandt werden, dass eine Beratung in der Fraktion kaum möglich ist. Umstrittene Projekte, die problemlos noch bis in den Sommer Zeit gehabt hätten, wurden in Notsitzungen durchgewinkt – und das mit nur 11 statt 59 Stadtverordneten, ohne die übliche Beratung in den Ausschüssen und ohne eine Einbeziehung der Bürger. So fiel der Startschuss für das Parkhaus in der oberen Altstadt im Notmodus der Stadtverordnetenversammlung und bereits ohne Ausschussberatung. Wesentliche Vertragsveränderungen für die geplanten Windkraftanlagen in Blasbach und ein umstrittener Wirtschaftsplan für die Wetzlarer Schwimmbäder gingen nur ins Notparlament. Und obwohl der Kreistag seit dem 18. Mai wieder – unter Einhaltung entsprechender Hygienestandards und Abstandsregeln – regulär tagt und sich von Fachausschüssen beraten lässt, scheint der Koalitionsmehrheit der Notmodus gut zu gefallen. Insbesondere müssen sie sich weder auf lästige Diskussionen mit Bürgern oder den eigenen Fraktionsmitgliedern einlassen. Denn jetzt stimmen nur 11 Stadtverordnete für alle ab und in dieses erlauchte Gremium werden Kritiker von der Koalition erst gar nicht entsandt.

Wir meinen: Notsituationen dürfen nicht dazu missbraucht werden, sich politische Vorteile zu verschaffen. Wir müssen so bald wie möglich die vollen demokratischen Mitwirkungsrechte wieder in Kraft setzen. Auch unsere Demokratie ist systemrelevant!



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Wetzlarer,



bei der Stadtkoalition liegen die Nerven blank: Ungelöste Probleme, Bürgerproteste, Profilierungsversuche der einzelnen Partner und jetzt auch noch die Corona-Krise, die den mühsam zusammengezimmerter Haushalt zur Makulatur werden lässt. Das erklärt das immer stillere Verhalten gegenüber Bürgern und Oppositionsabgeordneten, ohne es zu entschuldigen.

Hinterfragen wir als Fraktion kritisch Magistratsvorlagen, fehlt der Koalition „jedes Verständnis“. Halten wir ein Projekt für falsch, ist gar von „Sabotage“ die Rede. Aber selbst konstruktive Vorschläge sind unerwünscht. Als wir auf die unkonkrete Ankündigung des Magistrats hin, etwas für die Wetzlarer Vereine tun zu wollen, einen konkreten Vorschlag machten, den der Magistrat zehn Tage später sogar umsetzte, wurde uns nicht etwa gedankt, sondern sogar „geistiger Diebstahl“ vorgeworfen. Das ist nur noch peinlich!

Bürgerversammlungen gab es schon vor Corona nicht mehr. Die Informationspolitik ist mangelhaft – Beispiel Wetzlarer Labyrinth. Jetzt tagen noch nicht mal mehr die Fachausschüsse. Wir tun alles, damit der demokratische Diskurs in Wetzlar nicht zum Erliegen kommt. Diese Depesche soll Anstöße geben. Haben Sie Anregungen? Dann freuen wir uns auf Ihre Nachricht. Bleiben Sie gesund!

Herzlichst Ihr

Matthias B. J.

FDP-
Stadtverordnetenfraktion
Wetzlar
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar

Freie
Demokraten
Wetzlar FDP



Sigrid Kornmann

Danke

Wir denken an alle, die von Corona besonders betroffen sind

Das Auftreten des neuen Corona-Virus hat uns alle getroffen. Ich möchte deshalb allen danken, die im Gesundheitswesen, bei der Grundversorgung der Bevölkerung oder in Verwaltungen dazu beigetragen haben, die Krise bislang so gut zu meistern. Wir denken aber auch an die, die unter dem Lockdown besonders gelitten haben, wie die Kinder, die Eltern im Homeoffice, die vereinsamten Menschen nicht nur in Heimen, die Menschen in Kurzarbeit oder alle Selbständigen, denen der Boden unter den Füßen weggezogen wurde. Ich möchte mir keine Stadt ohne Kultur, ohne Restaurants, mit geschlossenen KiTas vorstellen. Wir sollten vorsichtig bleiben, unsere Maßnahmen aber immer auf Verhältnismäßigkeit prüfen. Sonst zerstören wir mehr, als wir schützen.



Thomas Schermuly

Vereine

Wir sorgen uns um die Zukunft der Vereine in Wetzlar

Die Corona-Krise trifft auch viele Vereine schwer. Dies gilt insbesondere wenn diese Veranstaltungen geplant hatten, die nicht stattfinden konnten. Dabei fallen Einnahmen weg, nicht selten entstehen Stornokosten. Damit dies nicht geschieht, haben wir eine Initiative gestartet, den Vereinen alle die Beträge zukommen zu lassen, die ohnehin im Haushalt für die ausgefallenen Veranstaltungen eingeplant waren. Wir freuen uns, dass der Magistrat auf unsere Initiative reagiert und zehn Tage später eine Vorlage eingebracht hat, wie unser Vorschlag im Detail umgesetzt werden kann. Diese Regelung wurde inzwischen beschlossen. Wir werden auch in Zukunft an der Seite der Wetzlarer Vereine bleiben.



Angelika Kunkel

Domblick

Wirtschaftsplan Bäder bereits bei Verabschiedung veraltet

Wenig Neues gibt es zur Frage, wie es mit dem Wetzlarer Freibad weitergeht. Stattdessen wurde alle Energie in die Änderung interner Strukturen gesteckt: Die Bäder wurden aus der enwag herausgelöst und ein neuer Eigenbetrieb gegründet. Starten soll der Eigenbetrieb mit einem Wirtschaftsplan. Bis der Plan endlich das Notparlament erreichte, waren alle Zahlen überholt, so z.B. Einnahmen für Zeiten, von denen wir bereits jetzt wissen, dass die Bäder gar nicht geöffnet haben. Verständlich ist, dass man die Folgen von Corona im Februar nicht ahnen konnte; völlig unverständlich ist aber, den Plan nicht an die Realität anzupassen und ihn im Mai (!) auch noch zu beschließen. Es kann sein, dass ein Plan nicht eintritt. Aber einen Plan zu beschließen, von dem man bei Beschlussfassung bereits weiß, dass er falsch ist, ist unverantwortlich.



Jürgen Lauber-Nöll

Sitzungen

Fachausschüsse dürfen nicht dauerhaft übergangen werden

Die Gesundheit ist uns sehr wichtig. Deshalb waren wir in der Phase des exponentiellen Wachstums im März besonders vorsichtig und setzen auch heute auf Hygiene- und Abstandsregeln. Dies alles darf aber nicht dazu führen, dass die Demokratie dauerhaft leidet. Der Notausschuss tagt problemlos mit seinen 11 Mitgliedern im großen Stadtverordnetensitzungssaal. Warum können dort nicht auch die Fachausschüsse tagen? Nicht nur im Landtag, auch im Kreistag ist dies seit Anfang Mai wieder üblich. Aktuell bleiben 48 der 59 Stadtverordneten außen vor. Auch die Fachexpertise wird nicht gehört, wenn z.B. Bebauungspläne nicht mehr beim Bauausschuss vorgelegt werden. Die Stadt muss dringend einen Weg zurück zu normalen demokratischen Verfahren finden, denn auch die sind systemrelevant.



Dr. Christoph Wehrenfennig

Verkehr

Straßenraum nicht gegen Autofahrer umverteilen

Auch wenn Corona-bedingte Schließungen und Homeoffice-Nutzungen für eine Atempause gesorgt haben: Wetzlar hat ein Verkehrsproblem. Dies wollen wir lösen, indem wir alle Verkehrsträger unterstützen. Dabei sind uns alle Fortbewegungsmethoden, die die Bürger wünschen, gleich wichtig: Zu Fuß, auf dem Rad, im ÖPNV oder mit dem Auto. Die Koalition will aber eine massive „Umverteilung“ zu Lasten des Autos, wie in der Notausschusssitzung am 27. Mai klar wurde. Der Rückbau der Sportparkstraße war der erste Schritt. Auf die Situation während des Neubaus der B49 soll nur im ÖPNV reagiert werden. Einen Verkehrsplaner, der ohne ideologische Vorgaben in alle Richtungen untersucht, lehnt die Mehrheit ab. So fährt Wetzlar vor die Wand und in den Stau.



Thomas Meißner

ÖPNV

Kostenlosen Citybus prüfen

Wir alle wünschen uns eine stärkere Nutzung des ÖPNV. Unserer Meinung nach sollten wir jedoch nicht Autofahrer behindern, sondern Bus und Bahn attraktiver machen. Im RMV haben wir nur begrenzten Einfluss, über die Preisgestaltung beim Citybus können wir aber frei verfügen. Ein kostenloser Citybus könnte zu einer deutlichen Steigerung der Nutzung führen. Die aktuell erhobenen 50 Cent pro Fahrt decken ohnehin nur einen geringen Teil der Kosten ab. Andere Städte, zum Beispiel Augsburg, haben bereits Buslinien kostenfrei gestellt. Deshalb haben wir beantragt zu prüfen, ob wir nicht einen ähnlichen Weg gehen können. In den Wetzlarer Museen haben wir gesehen, dass sich eine Umstellung auf eine freiwillige Zahlung sogar finanziell lohnt hat.

SPD, Grüne, und FW drücken Doppelhaushalt mit überholten Zahlen und falschen Prioritäten durch – doch, wie geht es nun weiter?

Nach quälend langen Beratungen über drei Sitzungstage wurde am letzten Tag vor dem Lockdown in März der Haushalt 2020/21 von der Koalitionsmehrheit beschlossen. Nicht nur das Verfahren war fragwürdig, sondern auch der Inhalt. Denn zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war bereits klar, dass das Zahlenwerk nicht mehr das Papier wert war, auf dem es gedruckt ist. Dort finden sich Gewerbesteuern in Höhe von 40 Millionen Euro, die wir kaum zur Hälfte werden einnehmen können. Hierfür konnte niemand etwas. Fatal ist der Haushalt aber vor allem deshalb, weil diese Steuerluftnummern als Gegenbuchungen für Lieblingsprojekte der Koalition verwendet werden – und die dürfen ausgegeben werden, sobald der Haushalt genehmigt ist, selbst wenn klar ist, dass wir die Einnahmen niemals erzielen werden. Die Grünen erhalten freie Hand im Umweltamt, wo eine weitere Stelle für Klimainitiativen geschaffen werden soll – die Mittel für „Umsetzung Klimaschutzkonzept“ steigen von 1.500€ (2018) auf sage und schreibe 89.500€ (2020). Die SPD darf für 60.000 Euro ihren Kulturentwicklungsplan durchführen. Dabei weiß niemand, was es hier überhaupt noch zu planen gibt. Aktuell müssten wir alle Kräfte sammeln, damit unsere Kultur die Corona-Krise übersteht. Zugleich dürfen die Freien Wähler mit ihrem Baudezernenten alle großen Bauprojekte fortführen, ohne sich auf Diskussionen mit Bürgern einlassen zu müssen.

Leider war Wetzlar auch vor der Corona-Krise in keinem guten Zustand. Das fällt uns jetzt auf die Füße. So ist die Steuerlast für Eigenheimbesitzer und Mieter so hoch wie noch nie – seit 2011 stieg sie von 300 auf 780 Punkte. Zugleich sind Personalbestand und -kosten auf Höchststand, während die Vereinsförderung kaufkraftbereinigt rund ein Viertel unter dem Stand von 2011 liegt. Dies alles ist ein denkbar schlechter Ausgangspunkt für eine Krise. Auch falsche Prioritätensetzungen rächen sich jetzt. Dass die Verantwortung für E-Government bei Stadtrat Kortlücke liegt, weiß kaum jemand. Wirklich wichtig war ihm das Thema auch nie. Gerade wenn Ämter wegen der Pandemie nur eingeschränkt geöffnet und Mitarbeiter im Homeoffice sind, wäre es wichtig, eine moderne und ausgereifte elektronische Verwaltung zu besitzen. Alle unsere Anträge zu diesem Thema wurden in den letzten Jahren abgelehnt. Dabei besitzt die Stadt noch nicht einmal die Technologie, um eine Ausschusssitzung als Video-Konferenz durchzuführen. Dafür gibt es wilde Wiesen ...

Auch die Versäumnisse im Bereich der Bürgerbeteiligung rächen sich nun. In Zeiten von Kontaktverboten ist das schwer nachzuholen. So fehlt vielen Projekten die Akzeptanz.

Dass unsere Anträge alle abgelehnt wurden, kennen wir bereits aus den Vorjahren. Dabei waren sie gegenfinanziert, haben auf der einen Seite bei der Verwaltung gespart und auf der anderen Seite Geld für Bürger und Vereine bereitgestellt.



Da der verabschiedete Doppelhaushalt 2020/21 die Folgen der Corona-Pandemie nicht beinhaltet, muss er dringend überarbeitet werden. Dies gilt umso mehr für 2021, wo eine Neuaufstellung unausweichlich ist. Aber auch für 2020 sollte der Kämmerer auf die Bremse treten. Da die Einnahmen wegbrechen, muss auch bei den Ausgaben gespart werden. Vor diesem Hintergrund ist uns unverständlich, dass die Koalition noch immer neue Projekte anschiebt oder neue Konzepte erarbeiten lässt, als wäre nichts passiert. Priorität muss in der Krise der Schutz der Gesundheit, der Arbeitsplätze, aber auch der gewachsenen Vereinsstruktur haben – und ansonsten muss es darum gehen, das Loch im Haushalt nicht zu groß werden zu lassen. Wir als Freie Demokraten in der Stadtverordnetenversammlung werden nicht müde, genau dies einzufordern.



Auszug unserer Haushaltsanträge:

- Bildungsfonds für KiTas
- Mehr Geld für Bürgerbeteiligung
- Digitalisierungsoffensive
- Freies WLAN in Wetzlar
- Kein Kulturentwicklungsplan
- Aufwertung Liebfrauenberg
- Unterstützung Musikschule
- Sanierung Bismarckturm und Kalsmunt
- Senkung der Grundsteuer

FDP-Fraktion tagt per Videokonferenz – Stadt ist dazu nicht in der Lage

Als es im März darum ging, durch einen Lockdown die Ausbreitung des Corona-Virus schnell zu stoppen, haben wir als FDP-Fraktion sofort reagiert und solange per Video-Konferenz getagt, bis eine persönliche Zusammenkunft wieder möglich war. Auch der Kreistag hat reagiert und eine Ältestenratssitzung spontan ins Netz verlegt. Nur die Stadt Wetzlar ist dazu weder willens noch in der Lage: Auf unsere Anregung, Video-Konferenzen vorzusehen, wurde uns mitgeteilt, man sei darauf nicht vorbereitet. Statt schnell einmal im Kreishaus anzurufen, wie man das Problem dort gelöst hat, müsse man angeblich ein Projekt starten, wofür man weder Geld noch Zeit habe. Wenn der zuständige Stadtrat Kortlüke so wenig Interesse an dem Thema hat, muss der Oberbürgermeister handeln und im Rahmen seiner Geschäftsverteilungskompetenz dieses wichtige Thema endlich jemandem geben, der etwas davon versteht!



Freie Wähler und Abgeordnete der SPD lassen zu, dass die NPD die Phantastische Bibliothek ausbremsen kann



Die Phantastische Bibliothek ist ein Leuchtturm der Wetzlarer Kulturlandschaft mit deutschlandweiter Bedeutung. Gemäß dem Fördervertrag mit der Stadt kann die Bibliothek Zuschüsse für Investitionen beantragen. Als nach mehreren Jahren einmal wieder ein solcher Wunsch einging, stellten wir einen Antrag auf anteilige Unterstützung – es ging um gerade mal 3650€. Fassungslos waren wir, dass Stadtverordnete von FW und SPD dafür sorgten, dass dabei die rechtsextreme NPD Zünglein an der Waage war und dazu noch mit ausländerfeindlichen Argumenten die Phantastische Bibliothek ausbremsen konnte. Niemand kann verhindern, dass er manchmal ungebetenen Zuspruch von Rechtsaußen erhält. Wer Wetzlar aber als Koalition regiert, hat die Verantwortung, seine Mehrheit so zu nutzen, dass die NPD keinen Einfluss auf die Entscheidung unserer Stadt hat. Sonst wird der nach außen getragene Antifaschismus zur Worthülse.

Nur Nachteile für Wetzlar: Fatale Entscheidung für Windkraftanlage Blasbach

Das Notparlament soll Entscheidungen treffen, die jetzt in der Krise wichtig sind. Stattdessen missbrauchen SPD, Grüne und FW den Ausschuss, um unangenehmen Diskussionen aus dem Weg zu gehen. So auch bei der Windkraftanlage Blasbach: Da das Projekt vor dem Scheitern steht und es offenkundig unmöglich ist, mit dem 2015 abgeschlossenen Vertrag eine Bank zu finden, die die Anlagen finanziert, wird der Notausschuss angerufen, um dort schnell und mit kleiner Besetzung die von den Banken geforderten Regelungen durchzudrücken. So heißt es nun in §13 (1): „Die Pächterin hat das Recht, diesen Pachtvertrag insgesamt auf Dritte zu übertragen. Der Grundstückseigentümer stimmt der Übertragung schon jetzt zu.“ Nur ein kaum praktikabler Widerspruch „aus wichtigem Grund“ ist möglich und auch das nur für wenige Tage. Sollten wir später erkennen, dass der neue, uns aufgezwungene Partner insolvent ist und nicht genug Geld für den Rückbau hat, sind alle anderen aus dem Schneider und die Stadt zahlt die Zeche. Auch der nun endlich eingeführte Mindestpachtzins ist weit unter den üblichen Konditionen. In Mittenaar wurde erst kürzlich mit einem Pachtzins von 6% des Nettostromerlöses, mindestens 35.000€, abgeschlossen – da sind die 4,5%, mindestens 21.000€, in Wetzlar mickrig. Dass die Koalition über dieses schlechte Geschäft nur allzu gerne den Mantel des Schweigens senkt, ist allzu verständlich. Nachdem seit 2015 in Blasbach nichts geschehen ist, ging es wohl kaum um Eilbedürftigkeit. Wer aber den Notausschuss benutzt, um unliebsamen Fragen aus dem Weg zu gehen, der missbraucht ihn!



Die FDP-Fraktion trauert um Dr. Knut Kühn-Leitz, der im Mai verstorben ist. Dr. Kühn-Leitz hatte erst im Januar für sein weitreichendes kulturelles Engagement die Ehrengabe der Stadt erhalten. Er war u.a. stellvertretender Vorsitzender der von seiner Mutter Dr. Elsie Kühn-Leitz gegründeten Wetzlarer Kulturgemeinschaft. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

LEUTE LEUTE

Jochen Horz, Vertreter der Freien Demokraten im Ortsbeirat von Hermannstein, wurde zum Vorsteher des dortigen Ortsgerichts gewählt. Wir bedanken uns bei Jochen Horz für die Bereitschaft, dieses wichtige Ehrenamt zu übernehmen, und wünschen ihm eine glückliche Hand bei der Ausübung seiner Amtsgeschäfte.



Impressum

Herausgeber
FDP-Stadtverordnetenfraktion Wetzlar
Dr. Matthias Büger
V.i.S.d.P.
Dr. Matthias Büger
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar
Bearbeitet von Heike Meißner
Druck: Flyeralarm

Kontakt

Telefon: 06441/42592
E-Mail: info@fdp-wetzlar.de

Freie
Demokraten
Wetzlar FDP